

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927**

28.5.1927 (No. 123)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. A. Mend,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM, einjährl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verteilung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Nachschub, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralfachlehrer für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Die Entwicklung der Reichssteuern seit der Währungsstabilisierung

Von Direktor Dr. Ehler in Freiburg i. Br.

Im Februarheft der „Stuttgarter Wirtschaftsberichte“, welche vom Statistischen Amt der Stadt Stuttgart herausgegeben werden, wird eine aufschlußreiche Darstellung über das vierteljährliche Aufkommen an Reichsteuern und Zöllen in den Jahren 1924—1926 veröffentlicht.

Die Zeit seit der Währungsstabilisierung ermöglicht es zwar nur in beschränktem Maße, aus dem wechselnden Steueraufkommen des Reiches Rückschlüsse auf die jeweilige Wirtschaftslage zu ziehen, da in diesem Zeitraum gerade die wichtigsten der Steuern — namentlich die Einkommen- und die Umsatzsteuer, sowie die Zölle — in ihren gesetzlichen Grundlagen wesentliche Änderungen erfahren haben, die sich naturgemäß auch auf ihren Ertrag auswirken. Immerhin läßt die Betrachtung des vierteljährlichen Reichsteueraufkommens in verschiedenen Phasen eine gewisse Parallelität mit dem Verlauf der wirtschaftlichen Konjunktur erkennen. Vom ersten Kalendervierteljahr 1924, das 1466,8 Millionen RM an Reichsteuern erbrachte, bis zum gleichen Vierteljahr 1925 (Aufkommen: 2018,1 Mill. RM) zeigt sich eine ununterbrochene Steigerung der Steuereinnahmen, in der sich die allmähliche Erholung der deutschen Wirtschaft aus dem Niedergang der Inflationszeit wieder spiegelt. Diese Bewegung wurde durch einen anhaltenden Steuererlösaufschlag abgelöst. Neben verschiedenen Steuerminderungen dürfte dies — vor allem in dem späteren Stadium — auf die im Herbst 1925 einsetzende Wirtschaftskrise zurückzuführen sein. Der tiefste Punkt wurde im zweiten Kalendervierteljahr 1925 mit einem Steueraufkommen von 1455,2 Mill. RM erreicht. Erst die beiden letzten Vierteljahre des Kalenderjahres 1926 brachten wiederum eine beträchtliche Erhöhung der Steuereinnahmen des Reiches (auf 1904,3 bzw. 1933,6 Mill. RM), die in der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, großenteils aber auch in der Neuveranlagung der Einkommensteuer und den darauf zurückgehenden beträchtlich höheren Erträgen ihre Ursache hat.

Eine von dem Gesamteueraufkommen im einzelnen stark abweichende Entwicklung zeigt die Betrachtung der drei Steuerarten (Steuern vom Einkommen — Besitz- und Verkehrssteuern — Zölle und Verbrauchssteuern). Verhältnismäßig gleichbleibend im Rahmen der Gesamteinnahmen gestaltete sich das Aufkommen der Steuern vom Einkommen. Der Anteil dieser Gruppe an dem Ertrag sämtlicher Steuern schwankte in dem Betrachtungszeitraum nur zwischen 34,1 v. S. als unterste und 40,2 v. S. als oberste Grenze. In starkem Gegensatz hierzu stehen die Bewegungen der anderen beiden Steuerarten. Während die Besitz- und Verkehrssteuern in ihrem Anteil am Gesamteueraufkommen von 50,6 v. S. im ersten Vierteljahr 1924 auf 28,4 v. S. im letzten Kalendervierteljahr 1926 zurückgingen, erhöhte sich der entsprechende Hundertsatz der Zölle und Verbrauchssteuern in nahezu gleichem Maße (von 12,3 v. S. auf 34,6 v. S.). Diese Entwicklung, die dem Reichsteueraufkommen der zurückliegenden drei Jahre ihre charakteristische Note gibt, geht einerseits auf den fortgesetzten Abbau der wichtigsten Verkehrssteuern, der Umsatzsteuer, andererseits auf die Erhöhung und zunehmende Ergiebigkeit der Verbrauchssteuern und Zölle zurück.

Was die Entwicklung der einzelnen Steuern selbst anbetrifft, so zeigen sich auch innerhalb der verschiedenen Steuergruppen beträchtliche Abweichungen. Besonders auffallend tritt dies bei den Steuern vom Einkommen zutage. Die beiden wichtigsten Steuern sind hier: die Steuer aus Lohnabzügen und die veranlagte (sogenannte andere) Einkommensteuer; im Vergleich zu diesen treten die beiden anderen Steuern dieser Gruppe, die Körperschaftsteuer und der Steuerabzug vom Kapitalertrag, weit zurück.

Bei der Steuer aus Lohnabzügen ist der auffallende Tiefstand zu Anfang der Berichtsperiode bemerkenswert. Mit einem Aufkommen von 209,8 Mill. RM wurde nicht einmal das der veranlagten Einkommensteuer erreicht. Das in dieser Zeit unverhältnismäßig niedrige Gehalts- und Lohnniveau dürfte hierfür ausschlaggebend gewesen sein. Die allmähliche Besserung

des allgemeinen Lebensstandards durch Lohn- und Gehaltserhöhungen führte im Zusammenhang mit dem Konjunkturaufschwung zu einer beträchtlichen Steigerung der Lohnsteuererträge. Bereits im zweiten Kalendervierteljahr 1924 wurde das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer überschritten. Im entsprechenden Vierteljahr des Jahres 1925 erreichte die Lohnsteuer mit einem Ertrag von 395,1 Mill. RM ihren Höhepunkt, wodurch das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer im gleichen Zeitabschnitt um nicht weniger als 106,5 v. S. übertroffen wurde. Von der Jahresmitte 1925 an setzte nun ein andauernder Rückgang im Aufkommen der Lohnsteuer ein. Diese Entwicklung war einmal bedingt durch die im Herbst eingetretene Wirtschaftskrise und die dadurch hervorgerufene Zunahme der Arbeitslosigkeit. In der gleichen Richtung wirkte aber auch das zweimalige Heraussetzen der Grenze des lohnsteuerfreien Einkommens (am 1. Juni 1925 auf 960 RM und am 1. Januar 1926 auf 1200 RM). Der Tiefpunkt der Bewegung wurde im zweiten Kalendervierteljahr 1926 mit einem Lohnsteuerertrag von 250,8 Mill. RM erreicht. Die Besserung der Wirtschaftskonjunktur brachte dann im dritten und vierten Kalenderjahr 1926 eine Steigerung des Aufkommens, die allerdings im letzten der beiden Vierteljahre zum Teil auf die beträchtlichen Ausschüttungen an Weihnachtsbeihilfen usw. zurückzuführen sein dürfte.

Einen wesentlich anderen Charakter weist die Entwicklung des Aufkommens der veranlagten Einkommensteuer auf. Vor Beginn des Berichtszeitraumes bis in die erste Hälfte des Kalenderjahres 1926 zeichnete sie sich durch eine bemerkenswerte Stetigkeit des Aufkommens aus, um dann im dritten Kalendervierteljahr 1926 ziemlich unvermittelt auf einen um weit mehr als 100 Mill. RM höheren Betrag emporzuschnellen und bis zum Jahresende auf diesem Stande, der den des Lohnsteuerertrags übertrifft, zu verbleiben. Die Bewegung zeigt die enge Verknüpfung zwischen Aufkommen und Veranlagungsgrundlage dieser Steuer. Nach einer Unterbrechung von drei Jahren fand nämlich erstmalig wieder für das Jahr 1925 eine Neuveranlagung der Steuerpflichtigen statt. Diese ergab im allgemeinen eine Erhöhung des Einkommensniveaus und wirkte sich demzufolge einmal in hohen Abschlußzahlungen für das Jahr 1925 und ferner in den entsprechend gestiegenen vierteljährlichen Vorausleistungen für 1926 aus. Zeitlich fällt dies vor allem in das dritte Kalendervierteljahr 1926, macht sich aber auch noch in den beiden folgenden Vierteljahren geltend. Durch die Ertragssteigerung der veranlagten („andere“) Einkommensteuer und Herabsetzung der Lohnsteuer hält sich nunmehr das Aufkommen dieser beiden wichtigsten Steuern vom Einkommen nahezu die Wage, während im Rechnungsjahr 1924 die veranlagte Einkommensteuer nur 64,9 v. S., im Rechnungsjahr 1925 sogar nur 58,8 v. S. der Lohnsteuer erreicht hatte.

Von den Besitz- und Verkehrssteuern ist es in erster Linie die Umsatzsteuer, die diese Steuergruppe bestimmend beeinflusst. Von Jahresbeginn bis in das letzte Viertel des Kalenderjahres 1924 befand sich die Umsatzsteuerertragskurve in stetigem lebhaften Anstieg, der sich aus dem starken Warenbedarf und der zunehmenden Kaufkraft der Bevölkerung erklärt. Die Steigerung des Steueraufkommens in diesem Dreivierteljahr stellt sich auf 184,3 Mill. RM oder 54,2 v. S. Mit der ersten Herabsetzung des Umsatzsteuerfußes von 2,5 auf 2 v. S. am 1. Oktober 1924 beginnt der fortgesetzte Abbau dieser Steuer (am 1. Januar 1925 auf 1,5 v. S., am 1. Oktober 1925 auf 1 v. S.), der am 1. April mit einem Steuerfuß von 0,75 v. S. seinen vorläufigen Abschluß erfahren hat. Wie in einer tabellarischen Übersicht gezeigt wird, geht der Ertrag der Umsatzsteuer vom Jahreswechsel 1924/25 an fast ununterbrochen zurück und sinkt etwa um die Mitte des Jahres 1926 nicht nur unter das Aufkommen der beiden wichtigsten Einkommensteuern, sondern auch unter das der Zölle beträchtlich herab. Erst im letzten Vierteljahr 1926 ist wieder — wohl unter dem Einfluß des Weihnachtsgeschäfts — eine geringe Aufwärtsbewegung der Umsatzsteuerertragskurve zu beobachten.

Das größte Ertragsrisiko der in der Gruppe Zölle und Verbrauchssteuern zusammengefaßten Steuern weisen die Zölle und die Tabaksteuer auf. Die Zollgesetze hatten im Laufe der letzten 3 Jahre mannigfache Erweiterungen und Tarifierhöhungen erfahren (1. September bzw.

1. Oktober 1925 und 1. August 1926). Infolgedessen sowie durch das Wiederaufleben der deutschen Wirtschaft stiegen die Zolleinnahmen von 43,4 Mill. RM im ersten Vierteljahr 1924 auf 235,7 Mill. RM im letzten Vierteljahr 1926, erhöhten sich also in dieser Zeit auf fast das Fünfeinhalbfache. Ähnlich den Zöllen erfuhr auch das Aufkommen der Tabaksteuer eine bedeutende Aufwärtsbewegung (von 42,4 Mill. RM um 419,1 v. S. auf 220 Mill. RM). Auch hier spielen nicht nur die Tarifierhöhungen, sondern auch wirtschaftliche Verhältnisse und namentlich die Kaufkraftsteigerung der Bevölkerung eine entscheidende Rolle. Zuckerversteuerung, Biersteuer und das Ertragsrisiko des Branntweinmonopols, die wie die Zölle und Tabaksteuer für die Reparationszahlungen verpfändet sind, bleiben hinter diesen an Bedeutung weit zurück, sie weisen aber ebenfalls nicht unerhebliche Steigerungen auf.

Von Interesse ist schließlich noch die Feststellung, daß es nur ein verhältnismäßig sehr enger Kreis von Steuern ist, der für die Höhe des Gesamteueraufkommens von entscheidender Bedeutung ist. Allein zwei Drittel von diesem umfassen die Erträge aus der Einkommensteuer (aus Lohnabzügen und „anderer Einkommensteuer“), den Zöllen, der Umsatz- und der Tabaksteuer. Schlägt man zu den genannten noch die sieben Steuern mit einem Aufkommen von je mehr als 100 Mill. RM (Körperschaft-, Vermögen-, Beförderung-, Kraftfahrzeug-, Zucker-, Biersteuer, Branntweinmonopol) hinzu, so sind damit 92 v. S. der Gesamteueraufkommens des Reiches erfaßt. Die große Anzahl der dann noch verbleibenden Reichsteuern spielt also — unter dem Gesichtspunkt des Steuerertrags betrachtet — nur eine untergeordnete Rolle („Wirtschaft und Statistik“, Jahrgang 1927, 2. Aprilheft).

### Deutschlands Anspruch auf Räumung

In der politischen Kommission des in Berlin tagenden Weltverbandes des Völkerverbundes gab die deutsche Delegation zum Protokoll der Kommission eine Erklärung ab, in der es heißt:

„Das ganze deutsche Volk ist mit seinen politischen Parteien, mit Ausnahme der radikalen Linken und Rechten, für die Teilnahme an einer Politik des Völkerverbundes. Eine friedliche und auf wirklicher Verständigung gleichberechtigter Souverän-Staaten aufgebaute Mitarbeit am Völkerverbund kann es aber solange nicht geben, als Teile Deutschlands von Truppen ehemaliger Kriegsgegner besetzt sind. Die deutschen Delegierten verzichten in diesem Stadium der Verhandlungen darauf, diese Frage des deutschen Rechtsanspruchs auf sofortige Räumung des Rheinlandes unter Bezugnahme auf die politische Entwicklung seit 1924 bis jetzt und auf die in Betracht kommenden Vertragsartikel hier zu erörtern, oder dem Kongress eine entsprechende Resolution vorzulegen; sie gibt aber der Erwartung Ausdruck, daß es die Völkerverammlung innerhalb ihrer Zuständigkeit erachten wird, auf den innigen Zusammenhang zwischen Völkerverbundarbeit und Völkerverbündnis auf die Befreiung der besetzten Gebiete hinzuwirken.“

Der Reichsaussenminister in Tübingen. Auf Einladung des Hochschulrings Deutscher Art sprach am Freitag nachmittag im Schilleraal des Museums zu Tübingen Reichsaussenminister Dr. Stresemann vor der Studentenchaft und in Anwesenheit zahlreicher Universitätsprofessoren sowie sonstiger hervorragender Persönlichkeiten, häufig von Zustimmungsbildungen unterbrochen, über das Thema „Die Stellung des Akademikers zum und im neuen Staat“. Der Vortrag fand stärksten Beifall.

Die Forderungen der geschädigten Auslandsdeutschen. Der Ringverband der geschädigten Auslandsdeutschen und Verbündeten hat an Reichsregierung und Reichstag eine Denkschrift gerichtet, in der er sofortige gesetzliche Regelung der gesamten Entschädigungsfrage verlangt. In einem Antrag zur Denkschrift schlägt der Ringverband zur völligen Schadloshaltung der Geschädigten eine hundertprozentige Amortisationsanleihe in Höhe von 500 Millionen RM vor. Die jährliche Etatbelastung, die dabei entstehen werde, werde auf 181 Millionen RM beziffert.

Auf dem Sozialdemokratischen Parteitag in Kiel wurde eine Rundgebung an den amerikanischen Gesandten in Berlin, Schurman, gefandt, worin eine nochmalige Prüfung der gegen Sacco und Vanzetti erhobenen Beschuldigungen gefordert wird. Ferner wurde ein Agrarprogramm unter Ablehnung aller Abänderungsanträge einstimmig angenommen und der Parteitag durch ein Schlußwort des Parteivorstandes des Wels geschlossen.

Begnabigung der Leiferder Attentäter. Das Staatsministerium hat entsprechend dem Vorschlag des Justizministers Dr. Schmidt beschlossen, das auf Todesstrafe lautende Urteil des Schwurgerichts gegen die beiden Urheber des Eisenbahnattentats von Leiferde, Scheflinger und Weber, im Gnadenwege in lebenslängliches Zuchthaus umzuwandeln. Nahezu alle mit der Unterfuchung der Straftat, mit der Prozeßführung und der Gnadenfrage befaßten Instanzen und Behörden hatten sich für die Begnabigung der Verurteilten ausgesprochen.

## Politische Neuigkeiten

### Die Beschwerden Memels und Danzigs vor dem Völkerverbund

Nach einer Mitteilung des Generalsekretariats des Völkerverbundes ist auf Ersuchen der Reichsregierung die Petition leitender memelländischer Persönlichkeiten wegen Verletzung der Autonomie des Memelgebietes durch Litauen, die rechtzeitig innerhalb der 24tägigen Frist eingegangen war, nachträglich auf die Tagesordnung der nächsten Session des Völkerverbundes gesetzt worden. Außerdem sind noch zwei weitere Danzig betreffende Punkte auf die Tagesordnung übernommen worden, nämlich ein Brief des Oberkommissars des Völkerverbundes in Danzig über die Herstellung von Flugzeugmaterial auf Danziger Gebiet und die Ernennung der Präsidenten der in dem Danzig-polnischen Abkommen über das Danziger Tabakmonopol vorgesehenen Schiedsgerichte. Der Brief des Oberkommissars von Danzig behandelt die Frage der Aufhebung der aus dem Friedensvertrag für Danzig geltenden Einschränkungen des Baues von Flugzeugen und Luftschiffen auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig. Der Danziger Senat hat ein Gesuch auf Aufhebung dieser Bestimmungen gestellt.

Der Danziger Volkstag beschäftigte sich am Freitag, veranlaßt durch eine Interpellation der Deutschnationalen Volkspartei mit der Entscheidung des Oberkommissars vom 8. April, in der bekanntlich den Eisenbahnen das Klagerrecht verweigert wird, sowie mit der Sprachverordnung der polnischen Eisenbahndirektion. Von sämtlichen Mitgliedern wurde gegen das Vorgehen Polens gegen die Danziger Eisenbahnen als einen Versuch, die Freie Stadt zu polonisieren, entschiedener Protest erhoben, und der Senat beauftragt, mit aller Entschiedenheit beim Völkerverbund und dem Oberkommissar dafür einzutreten, daß die dem Freien Stadt in den Verträgen und Entscheidungen gewährten Rechte nicht geschnitten werden.

Zu der durch den Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes für polnisch Oberschlesien erfolgten Überreichung der Beschwerde über die Abnahme der Anlagen, wird mitgeteilt: Der Beschwerdebefrist ist eine Anlage von 600 Seiten beigelegt, welche Protokolle, ärztliche Gutachten usw. über die Mißhandlungen enthält. Aus dem Memorandum geht deutlich hervor, daß tatsächlich eine große Reihe von Mißhandlungen vorgekommen ist, die augenscheinlich systematisch begangen worden sind. In der Denkschrift wird von dem Bismarck die strenge Bestrafung aller in Frage kommenden Beamten der Bismarck Sicherheitsbehörde gefordert. Gleichzeitig enthält das Memorandum eine Beschwerde über die mit der Wahrheit in Widerspruch stehenden Berichterstattung der polnischen Telegraphenagentur. Eine Abschrift der Beschwerde ist gleichzeitig dem Präsidenten der Gemischten Kommission, Calender, sowie dem Minderheitsamt des Völkerverbundes zugeht worden.

### Schiele über das deutsche Agrarprogramm

Freitag abend sprach Reichsminister Schiele vor der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin über das Thema: „Das deutsche Agrarprogramm“. Wir seien in Deutschland, führte der Minister aus, in eine Epoche eingetreten, in der wir dieselbe Energie, die wir bisher der Erweiterung der Industrie zugewendet haben, auch für die Förderung der Landwirtschaft anwenden müssen. Durch vermehrte Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte sei unsere Zahlungsbilanz um hunderte von Millionen Goldmark belastet. Diesen großen Defizitbetrag könnten wir am ehesten durch eine Korrektur der Handelsbilanz von der Einfuhrseite her einsparen, und zwar durch Verstärkung der heimischen Landwirtschaftsproduktion. Auf diese Weise werde auch die Bedeutung der Landwirtschaft als Abnehmer industrieller Erzeugnisse behoben und große Möglichkeiten für die Ansetzung neuer Arbeitskräfte würden erschlossen. Durch Ausbau und Vertiefung des ländlichen Bildungswesens müsse der soziale Rang des Bauern erhöht werden. Die Sozialpolitik müsse auf die Begründung neuer ländlicher Arbeitsplätze und die Schaffung von Aufstiegsmöglichkeiten eingestellt werden. Die Siedlung hat zum Ziele, eine zufriedene, bodenständige Bevölkerung zu schaffen, die sich ihres Wertes und des Wertes ihrer Arbeit bewußt ist. Für ein solches Siedlungsziel, so schloß der Minister seine Ausführungen, biete der deutsche Osten weiten Raum. Die Siedlung darf nicht an die Stelle eines Stadtproletariats ein Landproletariat setzen, sondern sie hat ihr Ziel in der Ansetzung einer zufriedenen bodenständigen Bevölkerung.

### Verksamlungsverbote in München

Die Polizeidirektion München hat angeordnet: Der vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltete südbayerische republikanische Tag mit allen Veranstaltungen wird verboten. Ferner werden verboten die von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei für den 27. Mai einberufene Massenprotestversammlung sowie die von den Vereinigten Vaterländischen Verbänden für den 28. Mai einberufene Versammlung und schließlich alle Feste zu und von der Befreiung des am 25. Mai bei den Zusammenstößen in der Humboldtstraße getöteten Nationalsozialisten Hirschmann.

In München ist es in der letzten Zeit mehrfach zu blutigen politischen Schlägereien gekommen. Vor einer nationalsozialistischen Versammlung wurden einige Nationalsozialisten, die sich mit einer Fahne zu dem Versammlungsort begeben wollten, nach dem Bericht der Polizeidirektion von etwa 150 bis 200 politischen Gegnern überfallen und mit Steinen, Faustschlägen, Stabwunden und Messern bedrückt. Von den acht Nationalsozialisten wurden sechs teils schwer, teils leicht verletzt; ein Schuhmacher erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, der er erlegen ist. Sechs Reichsbannerleute und Kommunisten wurden festgenommen.

### Der redende Mussolini

In seiner dreißündigen Rede in der Kammer sagte Mussolini noch u. a.: Die wichtigste Pflicht des faschistischen Italiens ist, seine Streitkräfte auf den Zustand höchster Bereitschaft zu bringen. Wir müssen in der Lage sein, im gegebenen Augenblick fünf Millionen Mann zu mobilisieren und mit Waffen zu versehen. Unsere Luftflotte muß so gewaltig werden, daß ihre Flügel die Sonne verbunkeln. In zehn Jahren wird man Italien nicht wiedererkennen.

Zu einer Bemerkung Mussolinis, daß bei dem großen Aufmarsch des Stahlhelms in Berlin Tafeln mit der Aufschrift „Von Triest bis Nizza“ mitgeführt worden seien, teilt die Pressestelle des Stahlhelms mit, daß bei der Stahlhelmkundgebung in Berlin überhaupt keine Tafeln getragen worden sind. Ebenso falsch sei die Meldung des „Popolo d'Italia“, wonach der Ausdrud „Von Triest bis Nizza“ in Reden der Stahlhelmführer gebraucht worden sei.

Im Verleumdungsprozeß des Reichsaussenministers Dr. Stresemann gegen den Rechtsanwalt Müller in Brauen wird die Berufungsverhandlung Ende Juni in Brauen stattfinden.

## Englands Bruch mit Russland

### Die englische Note

In der die Aufhebung der diplomatischen Beziehungen Englands zu Russland ausgesprochen wird, ist Freitag vormittag dem Sowjetvertreter in London übermittelt worden.

In der Note werden unter Darlegung der von der englischen Regierung bereits ausgesprochenen Gründe die Beamten der diplomatischen Sowjetmission und der Handelsdelegation aufgefordert, innerhalb zehn Tagen England zu verlassen. Die britische Mission werde in der gleichen Zeit aus Moskau zurückgezogen sein. Es werden alle russische Beamten mit Namen aufgeführt, deren Abreise gefordert wird. Die nichtoffiziellen russischen Staatsangehörigen der Arco und der übrigen Handelsdelegationen sind darin nicht eingeschlossen und werden wie die übrigen Ausländer in England behandelt. Als solchen ist ihnen der weitere Aufenthalt im Vereinigten Königreich gestattet, soweit sie nicht auf die Liste der „unerwünschten Ausländer“ gesetzt sind oder werden und als solche ebenfalls England zu verlassen haben.

### Baldwin über den Bruch mit Russland

In einer in London gehaltenen Rede über die englisch-russischen Beziehungen sagte Baldwin u. a.: Die Zeit ist gekommen, der Einmischung in die Angelegenheiten unseres Landes ein Ende zu bereiten. Wir haben diese Maßnahmen ergreifen einzig und allein, weil uns die Einmischung Moskaus in unsere inneren Angelegenheiten untragbar ist, und weil wir überall in der Welt seine Agenten finden, die gegen uns unfreundlich, ja feindselig handeln. Ich möchte kategorisch zu erklären, daß unser Bruch den Krieg mit Russland weder bedeutet noch bedingt. Er bedeutet nur, daß wir nicht beabsichtigen, politische Beziehungen zu Moskau weiter zu pflegen. Wir sind aber ganz und gar Anhänger der Fortsetzung des rechtmäßigen Handels zwischen den beiden Ländern.

Die Londoner Sowjetvertreter als Gäste der Arbeiterpartei beträchtliches Aufsehen erregt in der Londoner Presse die Tatsache, daß eine Anzahl von Mitgliedern der Arbeiterpartei und Gewerkschaftsführern dem russischen Geschäftsträger Kotschugol, dem Leiter der Handelsdelegation Kintschuk und dem ersten Sekretär der Sowjetmission im Unterhaus am Freitag ein Abschiedsfrühstück gab, das „Daily Telegraph“ in einem Leitartikel eine überlegte, aber charakteristische Unerschämtheit gegenüber dem britischen Parlament, das sich jenen für die Entfernung der Russen ausgesprochen hat, nennt. „Daily Mail“ zufolge hat es Mac Donald abgelehnt, an dem Frühstück teilzunehmen.

„Daily Herald“ gibt den Inhalt der Rede wieder, die Kotschugol bei dem Frühstück gehalten hat. Er betonte danach die Unethik des Beweismaterials, auf Grund dessen die britische Regierung gehandelt hat, und sagte, an oberen Stellen habe Leichtgläubigkeit geherrscht, an unteren Stellen aber seien verbrecherische Handlungen begangen worden. Die Gefahr eines neuen Krieges sei niemals so groß gewesen wie augenblicklich.

### Die englischen Dominien

Der Sowjetambassadeur in Ottawa (Kanada) wurde angewiesen, die Sowjetagentur zu schließen und sofort nach Russland zurückzukehren.

Der Ministerpräsident sagte, wie aus Kapstadt gemeldet wird, im Parlament anlässlich des Bruches zwischen England und der Sowjetunion, daß die südafrikanische Regierung nicht beabsichtige, augenblicklich irgendwelchen Schritt in dieser Sache zu tun.

Folgsche der dauernden Umtriebe der Kommunisten gegen Gesetz und Ordnung in Langfang besetzte die Polizei das Hauptquartier der hiesigen Ortsgruppe des Kantoner Seemannsverbandes. Die Regierung ordnete die Schließung des Bistros des Verbandes an.

Die russischen Schiffe haben den Verkehr zwischen Leningrad und London eingestellt.

### Eine Kommunistenrede in Frankreich

Die französische Kammer verhandelte Freitag nachmittag über eine kommunistische Interpellation betr. eine von Minister Sarraut in Constantine (Algier) gehaltene Rede, in der er ein energisches Vorgehen gegen den Kommunismus ankündigte. Die Interpellation wurde von dem kommunistischen Abgeordneten Cahin begründet, der sagte, es sei wahr, daß der Kommunismus an die Gewalt und den Bürgerkrieg appelliere. Der Kommunismus finde deshalb in den Kolonien einen guten Boden, weil die Kolonisierungsprogramme die Unterdrückung der Eingeborenen mit sich bringen. Am Schluß seiner Rede forderte Cahin den Innenminister auf, er möge die kommunistischen Führer nur weiter verfolgen. Damit würde er nur den Kommunismus stärken.

Zur Erweiterung ergreift hierauf Innenminister Sarraut das Wort. Er sei der Ansicht, daß man in Frankreich viel zu lange gewartet habe, um den Kommunismus zu bekämpfen. Die Kommunisten arbeiteten überall gegen die nationalen Interessen Frankreichs. Wenn sie sich selbst außerhalb des Gesetzes stellten, wenn ihre revolutionäre Propaganda von verbrecherischen Sabotageakten und dem Versuch begleitet sei, die Kraft des Meeres und der Marine zu brechen und wenn endlich dieses Werk der Zerstörung Frankreichs nicht im Rahmen des französischen Protektariats, sondern auf Befehl und zum Nutzen eines ausländischen Imperialismus erfolge, dann sei das ein Verbrechen und keine Meinungsäußerung. Ihr behauptet gegen den Krieg zu sein und ihr seid dabei für alle Kriege, denn ihr beudet die ewigen Nationalisten aus! Ihr schmätzt den Völkerverbund, der sich dafür einsetzt, die Konflikte zu beschwichtigen und zu verhüten! Ihr wollt den Krieg, weil Moskau nicht den Frieden will, um seine Macht sicherzustellen. Da können wir nicht mit.

Der sozialistische Abgeordnete Blum interpellierte hierauf über die Art der diplomatischen Beziehungen, die die Regierung mit der Sowjetregierung zu unterhalten gedenke. Er begründete seine Interpellation mit dem Hinweis darauf, daß die Rede des Innenministers zum großen Teil gegen Moskau gerichtet gewesen sei.

Hierauf ergreift Außenminister Briand das Wort und erklärt: Er müsse als Außenminister verbinden, daß die Außenpolitik den Improvisationen und den leidenschaftlichen Meinungen, die in einer solchen Kammerdebatte vorübergehend zum Ausdruck kämen, ausgeht werde. Jedermann wisse, daß der Sitz der Dritten Internationale in Moskau sei, und daß die französischen Kommunisten dieser Dritten Internationale angeschlossen seien. Was die russische Regierung anbetrifft, so würde im Falle, daß sie es an diplomatischer Korrektheit hätte fehlen lassen, die von ihr ebenso wie von jeder anderen Regierung verlangt werde, der Außenminister auf die Tribüne gestiegen sein, um die Sanktionen, die

ergriffen werden müssen, anzukündigen. Er bittet daher, die Außenpolitik aus der Debatte fernzuhalten. Briand stellte hierauf die Vertrauensfrage gegen die Verbindung der beiden Interpellationen. Hierauf willigte der Abg. Blum ein, daß der Zeitpunkt der Diskussion seiner Interpellation nach Beendigung der Diskussion über die Interpellation Cahin festgelegt werde. Auch die Regierung erklärte sich hiermit einverstanden.

Die internationale Arbeitskonferenz in Genf. Freitag haben die drei großen Ausschüsse, für Krankenversicherung, gewerkschaftliche Freiheit und Festsetzung von Mindestlöhnen im Rahmen der Internationalen Arbeitskonferenz ihre Beratungen aufgenommen. Der Ausschuß für die Behandlung der Fragen der Krankenversicherung tagt unter dem Vorsitz des deutschen Regierungsvertreters, Ministerialrat Greiser vom Reichsarbeitsministerium. Die Verhandlungen werden in diesem Ausschuß vorwiegend in deutscher Sprache geführt.

## Kurze Nachrichten

Die Zerstörung der Obfesteitungen. General von Rawewski hat laut „Berl. Volant.“ der Reichsregierung einen kurzen Bericht über die Zerstörung der Unterstände in Ostdeutschland vorgelegt. Ein ausführlicher Bericht wird dem Reichskabinett erst Anfangs Juni zugehen.

Wieder Ausschüsse aus der SPD. Die komm. Bezirksleitung Berlin-Brandenburg schloß laut „Moter Fahne“ 34 Parteimitglieder, darunter auch den preussischen Landtagsabgeordneten Gustav Müller wegen parteifremdlichen Verhaltens und wegen fortgesetzter bewusster Verstöße gegen Parteitagebeschlüsse aus der Partei aus.

Reichsverband der deutschen Presse. In Breslau wurde am Freitag die von 200 Delegierten besuchte Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Presse mit einem Begrüßungsabend eröffnet.

Annahme des Wiener Wohnbauprogramms. In der Wiener Gemeinderatsitzung wurde das neue Wohnbauprogramm, das den Bau von 30 000 Wohnungen innerhalb von fünf Jahren vorsieht, angenommen.

Schichterin noch nicht in Frankfurt a. M. eingetroffen. Von authentischer Seite wird aus Frankfurt a. M. mitgeteilt, daß entgegen Meldungen in Berliner Mätern Schichterin noch nicht in Frankfurt eingetroffen ist. Jedoch wird seine Ankunft in den nächsten Tagen erwartet. Schichterin will sich in Frankfurt auf eine in ärztliche Behandlung begeben und die ihm vorgeschriebene, vor mehreren Monaten begonnene Kur fortsetzen.

Der Überfall auf deutsche Abgeordnete Südbawiens. Die Urheber des Überfalles auf die Führer der Deutschen Partei Südbawiens, die Abgeordneten Dr. Kraft und Dr. Graf, die während des Wahlkampfes 1925 in der schwebischen Gemeinde Simax von einer bewaffneten Horde überfallen und schwer verletzt worden waren, wurden in Belgrad zu zwei bis vier Monaten Kerker verurteilt.

Dreimächtevertrag in Mittelamerika. Nach einer amerikanischen Meldung unterzeichneten die Regierungen von Salvador, Guatemala und Honduras in einer Konferenz der drei Außenminister einen Dreimächtevertrag, in dem sie sich verpflichten, zu allen Zentralamerika beruhenden Angelegenheiten gemeinsam Stellung zu nehmen. Die Außenminister vereinbarten regelmäßige Besprechungen.

## Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Freiburg i. Br., 27. Mai. Rechtsanwalt Dr. Kopf feiert am 30. Mai seinen 70. Geburtstag in körperlicher und geistiger Frische. Dr. Kopf ist Mitglied des Hauptvorstandes und des Vorstandes des Badischen Bauernvereins. Seit 1884 ist Dr. Kopf Rechtsanwalt in Freiburg, war jahrelang Abgeordneter im badischen Landtag und dessen Präsident. Seit einem Jahr ist Dr. Kopf als Stadtrat tätig, nachdem er dem Stadtverordnetenverband angehört hatte. Er ist ferner Kreisvorsitzender des Kreises Freiburg und in den verschiedensten Organisationen an maßgebender Stelle tätig.

## Verschiedenes

### Eine bayerische Zugspitzebahn

Zur Finanzierung einer bayerischen Standbahn auf die Zugspitze unter Ablehnung der Schwerebahnprojekte hat sich unter Führung der Bayerischen Vereinsbank ein Konfotium Münchener Banken gebildet, dem noch die Bayerische Hypothek- und Wechselbank, die Bayerische Staatsbank, das Bankhaus Merz, Fink u. Co. und die Deutsche Bank, Filiale München, angehören. Das Konfotium will das Projekt des Ingenieurs Peter unterführen, das für die Strecke vom Bahnhof Garmisch-Partenkirchen über die Kalkstation der Kreuzgebahn und Hammerbach (Höllentalflam) bis zum Eissee eine reine Seilbahn (Höllentalbahn) bis zum Berggipfel von Eissee über das Platt zum Zugspitzgipfel eine Standseilbahn vorsieht und das aus technisch-wirtschaftlichen Gründen dem Konfotium am empfehlenswerteren erscheint. Voraussetzung der Finanzierung durch das Konfotium ist, daß von den interessierten staatlichen und kommunalen Stellen dem Projekt angemessene Unterstützung zuteil wird.

Wetternachrichten der Landeswetterwarte Karlsruhe. Unter dem Einfluß der von Norden eindringenden Kaltluft trat gestern im Laufe des Tages zunehmende Bewölkung auf, während es allenthalben bei wenig bedecktem Himmel zu regnen begann. Die Regenfälle hielten vielfach bis heute morgen an und lieferten bis 15 Liter pro Quadratmeter. Die Luftzufuhr aus Norden hält bei wenig veränderter Druckverteilung noch an, so daß wir auch morgen mit einzelnen Regenfällen zu rechnen haben. Ausblick für Sonntag: Fortdauernd wolkig, kühl, mit einzelnen Strichregen.

## Zeitschriftenschau

Der Lastkraftwagen. Illustrierte Sondernummer der Kölnischen Zeitung zur Internationalen Automobil-Ausstellung für Lastwagen und Spezialfahrzeuge vom 20. bis 31. Mai 1927. Das Heft — im Kupfertiefdruckverfahren hergestellt — zeigt die vielfache Verwendungsmöglichkeit der schweren Wagen. Der Motor hat seinen Siegeszug auf allen Gebieten angetreten. So sehen wir ihn auch in der vorliegenden Sondernummer in seinen vielfachen Verwendungsmöglichkeiten, u. a. als moderne 100pferdige Postkutsche, im Fächung der Feuerwehre, als Triebkraft bei allen landwirtschaftlichen Arbeiten und ebenso bei der modernen Straßenpflege, die heute in der Hauptsache dem Motor zufällt. Eine besonders wertvolle Aufgabe, die der Großkraftwagen zu lösen berufen ist, ist die Erschließung der engeren und weiteren Heimat durch den „Autobus“. Um der Beilage eine lustige Note zu geben, schließt ein mit Zeichnungen versehener Aufsatz die Note des Nichtfachmannes beim Autotour.



**Franz Haniel & Cie. G.m.b.H. Kaiserstraße 231 Fernruf 4855/56**

Großhandel

Erstklassige Ruhrkohlen, Koks, Briquets

397

Kleinhandel



# Badischer Tell

## Badischer Landtag

Die nächste öffentliche Sitzung findet am Donnerstag, 2. Juni 1927, vormittags 10 Uhr, statt. Die Tagesordnung ist folgende:

- I. Mitteilung der Eingänge.
- II. Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über die Mitteilung des Herrn Ministers des Innern vom 17. Mai 1927 Nr. 54288, Errichtung einer Rehabilitationsanstalt in Freiburg. (Druckf. Nr. 75 und 76 a) Berichterstatter Abg. Weiskopf.
- III. Mündliche Berichte des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung und Beratung über:
  1. den Antrag der Abg. Dr. Wolfhard u. Gen., Änderung des bad. Beamtengesetzes (Druckf. Nr. 123 von 1925/26. Nr. 76), Berichterstatter Abg. Kühn;
  2. das Gesuch des Dr. Boeters in Joidau, Gesuchentwurf „Der Joidau III“ betr., Berichterstatter Abg. Dr. Wolfhard.
- IV. Begründung und Beantwortung der förmlichen Anfragen der Abgeordneten:
  1. Dr. Mattes u. Gen., Schaffung des Reichsschulgesetzes (Druckf. Nr. 71).
  2. Hof u. Gen., gewalttätiges Vorgehen der Schupo in Mannheim bei einer am 6. Mai 1927 stattgefundenen Demonstration der Mannheimer Arbeiterschaft (Druckf. Nr. 73).
- V. Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über die Rechnungsergebnisse in den Jahren 1918 und 1925 (Druckf. Nr. 47 und 47 a), Berichterstatter Abg. Seubert.
- VI. Mündliche Berichte des Ausschusses für Gesuche und Beschwerden und Beratung über die Gesuche u. a. des R. Däubler in Forzheim, seine Behandlung in den Strafverfahren Bruchsal und Mannheim.

### Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete

weilte am Freitag, wie gemeldet, in Nehl. In seiner Begleitung befand sich Ministerialdirektor Graf Adelmann vom Reichsministerium für die besetzten Gebiete. Gegen 14 Uhr trafen die Herren von Willstätt kommend ein und wurden von Bürgermeister Dr. Kraus empfangen und nach dem feierlich geschmückten Bürgerloale geleitet, wo sie von den Spitzen der Reichs- und Landesbehörden, Vertretern der Schule und der Geistlichkeit, Industrie, Handel und Gewerbe, sowie sämtlichen Bürgermeistern des besetzten Gebietes erwartet wurden. Ministerialrat Dr. Scheffmeier begrüßte den Reichskommissar namens des Ministers des Innern und gab seiner Freude über den Besuch Ausdruck. Landrat Schindele gab sodann einen längeren Bericht über die Geschichte der Ganauer Landes, seine wirtschaftliche Struktur, über die Beschäftigung und ihre Auswirkungen. Er betonte, daß die Bevölkerung trotz allem freu durchgehalten habe und gab die Versicherung ab, daß sie sich ihrer Pflichten gegen Volk und Vaterland bewußt sei und bleibe. Bürgermeister Dr. Kraus ging des näheren auf die besondere Notlage der Stadt Nehl ein. Hierbei stellte er fest, daß die Stadt in den letzten Tagen große Beweise von Unterstützung von Land und Reich erhalten habe und ihr nun Gelegenheit geboten sei, den in Betracht kommenden Stellen hierfür Dank zu sagen.

Zum Schluß dankte der Reichskommissar, Hr. Langwerth u. Simmern, für den Empfang und die ihm gemachten Mitteilungen, die ihm äußerst wertvoll seien. Er gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Arbeitskraft der Nehler und Ganauer Bevölkerung Mittel und Wege finden möge, die durch den Beschluß der Verhältnisse bedingte Umstellung so durchzuführen, daß Kinder und Enkel bald besseren Zeiten entgegengehen. Was er zu dieser Umstellung tun könne, wollte er tun. Er schloß mit den besten Wünschen für das Ganauer Land und die Stadt Nehl. Es folgte eine Rundfahrt durch Nehl und den Hafen. Die Abfahrt erfolgte gegen 7 Uhr.

### Deutsch-französisches Abkommen über Grenzbahnhöfe

Reichsminister Dr. Stresemann hat der „Tägl. Rundschau“ zufolge dem Reichstag ein Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich über die Einrichtung der Grenzbahnhöfe zugehen lassen. Für die Grenzländer Bayerns und Preußens bleibt es bei dem System getrennter Grenzbahnhöfe auf deutschem und französischem Gebiet. Bezüglich der Rheinregion war die im Versailles Vertrag enthaltene Bestimmung maßgebend, daß hier die Grenzbahnhöfe auf dem rechten Rheinufer einzurichten sind. Die auf deutschem Boden dienlich tätigen französischen Beamten unterstehen den deutschen Strafgesetzen und Polizeivorschriften und der deutschen Gerichtsbarkeit. Auch hat sich die französische Regierung verpflichtet, solche Beamte zu versehen, deren Verhalten den deutschen Behörden Anlaß zu berechtigten Beschwerden gibt. Das Abkommen ist auf fünf Jahre beschloffen.

### Die Fränkisch-Pfälzische Woche in Mannheim

Der Hauptversammlung des Vereins deutscher Ingenieure (27.—30. Mai) wird Mitte Juni eine zweite größere Veranstaltung folgen, die Fränkisch-Pfälzische Woche (12.—20. Juni), die in der Hauptversammlung des Landesvereins „Badische Heimat“ in den Tagen vom 18. bis 20. Juni gipfelt wird. Den Inhalt der Fränkisch-Pfälzischen Woche, die der ehemaligen Hauptstadt der Kurpfalz einen großen Fremdenstrom bringen wird, bilden kulturelle Darbietungen, die eine Vortragsfolge über fränkisch-pfälzische Lebensart, Geschichte, Kunst, ein Kammerkonzert im Ritteraal des Mannheimer Schlosses ein Kurpfalzfest im Nibelungenaal des Hofgartens umfassen, sowie volkstümliche Veranstaltungen mit Abendfesten am Friedrichsplatz, Illumination, Dampfmaschinen auf dem Rhein usw. Als Hauptfesttag gilt der Sonntag, der 19. Juni, an dem gleichzeitig die Einweihung des großen neuen Stadions stattfindet. Die diesen Veranstaltungen zugrunde liegende Idee bringt in volkstümlicher und wirkungsvoller Weise das Plakat zur Fränkisch-Pfälzischen Woche von dem Graphiker V. Hofmann in fünffarbiger Ausführung zum Ausdruck.

### Lohnbewegungen in Baden

Angestelltengehälter im Einzelhandel in Forzheim. In einer Verhandlung vor dem stellvertretenden Schlichter, Oberregierungsrat Dr. Sühner, kam eine Vereinbarung über die Gehälter der Angestellten im Forzheimer Einzelhandel zustande. Die Einigung enthält eine Gehaltserhöhung und gilt bis 31. Dezember 1927.

Bewegung des Lohnvertrages in der Metallindustrie Mittelbadens. Nach einer Verhandlung vor dem stellv. Schlichter, Oberregierungsrat Dr. Sühner, am 23. Mai, kam eine Einigung zwischen den Parteien über die Streitpunkte zustande. Danach werden besonders qualifizierten Zeitlohnarbeitern Sonderleistungszulagen nach freier Vereinbarung gewährt. Ferner erhalten gewisse Spezialarbeiter (Schleifsteinarbeiter, Schleifsteinarbeiter, Feuerstrome und Kesselschmiede) eine Sonderzulage von 3 Pf. Die neue Regelung gilt vom 16. Mai 1927 bis mindestens 31. März 1928.

### Die Tagung des Vereins Deutscher Ingenieure

Dr. Mannheim, 28. Mai (Tel.) Die 66. Hauptversammlung des Vereins Deutscher Ingenieure nahm heute ihren Anfang. Nachdem am Vormittag eine geschlossene Sitzung des Vorstands stattgefunden hatte, fand um 1 Uhr mittags in der Wandelhalle des Hofgartens die Eröffnung der Ausstellung über den Stand der VDI-Angelegenheiten, über die Werkstattberatung, über Verlustquellen in der Industrie, Arbeiten des Vereins Deutscher Ingenieure und Arbeiten des Deutschen Ausschusses für technisches Schulwesen statt. Der VDI-Verlag hat gleichzeitig eine reichhaltige Bücherausstellung am gleichen Orte veranstaltet.

Am Nachmittag hielten die Werbeingenieure ein Tagung ab, in der nach der Vorführung eines Films über das Entstehen einer technischen Anzeige zwei Fachreferate gehalten wurden. Der von Diplomingenieur Kurt Schulz, Berlin, verfasste Film zeigte, wie sich aus den Kennzahlen eines technischen Zeichnisses ein verkaufstechnisch besonders wirksamer Anzeigeninhalt formen läßt. Über die Veredelung der technischen Anzeige hielt Ingenieur A. Sieber, Kassel, einen Vortrag. Anschließend referierte Dipl.-Ingenieur Fr. Pachtner, Hamburg, über die Anzeige im technischen Vertrieb. Abends fand durch die Stadt Mannheim ein Empfang des Vorstandes und des Vorstandes des Nationaltheater und anschließend im Ritteraal des Schlosses statt. Der heutige Tag bringt neben verschiedenen internen Sitzungen auch eine Strom- und Hafensahrt sowie den offiziellen Begrüßungsabend.

In Mannheim fand zu gleicher Zeit auch die ordentliche Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft für Bauingenieurwesen unter Vorsitz von Geheimrat Dr. Thiering statt. Im Anschluß an den geschäftlichen Teil wurden einige wissenschaftliche Vorträge gehalten. Ministerialrat Dr. Ing. Ellerbach vom Reichsverkehrsministerium in Berlin sprach über den „Entwurf 1926 zum Schiffsbauwerk Niederflerboot“. Oberregierungsrat Dr. Ing. Schaeffler, Stuttgart, behandelte die „Entwicklung der deutschen Brückenbautechnik in den letzten Jahren“.

Über die „Redarbanalisierung von Mannheim bis Plochingen“ berichtete Strombauingenieur Gatz von der Redarbauverwaltung in Stuttgart. Der Redarbanal bildet, abgesehen von seiner großen wirtschaftlichen Bedeutung für die badische und württembergische Wirtschaft, das Hauptstück einer späteren Rhein-Redar-Donauverbindung und werde für Großschiffahrt mit 1200 t ladendem Negelschiff gebaut. Von dem Nationalplan kommen zunächst die Abschnitte zur Ausführung, deren Ausbau besonders wirtschaftlich sei. Der Redar hat auf der 212 Kilometer langen Strecke Plochingen—Mannheim 100 Kilometer Gefälle, das nach dem vollständigsten Ausbau in 26 Staustufen mit Wasserkraftausnutzung überwunden wird. Das im Bau befindliche Kraftwerk Mannheim-Feudenheim mit der Wehranlage (Staustufe Ludenburg) wird am Montag durch den Verein deutscher Ingenieure besichtigt werden.

Die Grashof-Denkmal für Prof. Junkers. Auf der Tagung des Vereins Deutscher Ingenieure in Mannheim wird am Sonntag, wie die „Post. Tel.“ erfährt, dem Professor Dr. h. c. Junkers die Grashof-Denkmal verliehen werden, die höchste Ehrung, die der Verein Deutscher Ingenieure zu vergeben hat.

### Aus der Landeshauptstadt

Reichsausschuß für Friedhof und Denkmal. Im Anschluß an die Ausstellung für Friedhofskunst zu Karlsruhe, wurden gestern und heute in einer Reihe von Vorträgen erster Spezialisten, die mit der Anlage von Friedhöfen und der Grabmalpflege zusammenhängenden Fragen behandelt.

Den Mittelpunkt der fachlichen Tagungen bildete eine Konferenz des Reichsausschusses für Friedhof und Denkmal, die am Freitag gleichfalls in Karlsruhe stattfand. Damit war am Abend eine Versammlung aller beteiligten Kreise im Bürgerloale des Rathauses verbunden, wobei der Vorsitzende des Reichsausschusses, Regierungsbauingenieur Wenzel, Dresden, ein großzügiges Programm entwickelte, das in einer allgemeinen Friedhofreform gipfelt mit dem Ziele, vor allen Dingen der sich auf den Friedhöfen breitmachenden Unkultur zu begegnen, d. h. im Sinne einer Hebung des allgemeinen Geschnadniveaus zu wirken. Professor Lindt vom Bad. Landesgewerbeamt übermittelte die besten Wünsche des Ministers des Innern und seiner eigenen Behörde. Zur beabsichtigten Gründung eines Landesauschusses konnte er die Mitteilung machen, daß der Verein „Badische Heimat“ (Sitz Freiburg) sich zur Übernahme der für Baden zu leistenden Arbeit bereit erklärt hat. Dieses Anerbieten wurde allseits freudig begrüßt, wobei es selbstverständlich ist, daß der Kreis der Interessierten weitergekögen werden kann und muß. In erster Linie werden die Kirchen als die geistigen Träger der Friedhofskultur, ferner die Gemeinden als die Organe der Friedhofsverwaltung, und nicht zuletzt die Kunstlergemeinschaft und das Grabmalgewerbe selbst zur Mitwirkung berufen sein. Die anwesenden Vertreter der katholischen und evangelischen Kirchenbehörden und ebenso der Vertreter des Oberrats der Israeliten bezeugten ihre lebhafteste Sympathie mit den Bestrebungen des Reichsausschusses, und sagten ihre tatkräftige Unterstützung zu. Die sehr interessante Aussprache dauerte etwa zwei Stunden.

Weiter wird uns noch berichtet: Das Badische Landesgewerbeamt und die Stadt Karlsruhe haben gestern und heute im kleinen Konzertsaal eine Reihe von Vorträgen, unterführt durch Lichtbilder, im Zusammenhang mit der bis 31. Mai dauernden Ausstellung für Friedhofskunst veranstaltet. Dadurch wurde gezeigt, daß auch dem Gebiete der Grabmalgestaltung neuezeitliche Reformen notwendig sind. Bei dem Vortrag des Geistl. Rats Mär aus Oflingen: „Was kann die Geistlichkeit zur Hebung der Friedhofskunst beitragen?“ vermittelte Stadtdeskan Konigrore Dr. Stumpf von der St. Stefanspfarre die Einfügung heiliger Symbole in die Friedhof- und Grabdenkmalkunst. An sich sollten auch die Leichenbegleitungen von der Kapelle bis zum Grabe manchmal würdiger vor sich gehen. Herr Reg.-Rat Prof. Linde vom Landesgewerbeamt dankte jeweils den Vortragenden für ihre beachtenswerten Anregungen.

Badisches Landestheater. Die erste Wiederholung der beiden Opern von Hugo Wöh, „Coenr. Dame“ und „Frauenlist“ findet am Montag, den 30. Mai statt. Am Mittwoch, den 1. Juni wird Mozarts „Entführung aus dem Serail“ aufgeführt. Am Freitag, den 3. Juni geht Mozarts „Zauberflöte“, mit der bekanntlich die diesjährige Spielzeit eröffnet wurde, in Szene. Für Pfingstsonntag, den 5. Juni wird Richard Wagners „Meistersinger von Nürnberg“, und für Montag, den 6. Juni, Weibeldens komische Oper „Die weiße Dame“ vorbereitet. — An Stelle des beurlaubten Herrn Kapellmeisters Rischner hat Generalmusikdirektor Joseph Krupp die musikalische Leitung in „Die lustigen Weiber von Windsor“ übernommen.

zum Roten-Kreuz-Tag 1927

(12. Juni 1927)

Es ist das hohe Zeichen des Roten Kreuzes, daß es mit seiner Hilfe und Fürsorge für Jedermann da ist. Es gibt keinen Hilfesuchenden, den es abweist oder ausschließen wird und es gibt auch in Deutschland wohl keinen, der besonders während der vergangenen Kriegsjahre vom Roten Kreuz nicht einmal einen Dienst, und sei es auch nur einen Rat oder eine Gefälligkeit, entgegengenommen hätte.

Jetzt verrichtet das Rote Kreuz seine große menschenfreundliche Friedensarbeit für Jedermann. Es ist da bei plötzlichen Unglücksfällen, wie sie bei Massenaufzügen, bei Feuerbrüsten, Eisenbahn- und Grubenunfällen entstehen. Es greift mit seinen erprobten Sanitätskolonnen bei Katastrophen ein. Seine Schwesternschaft betreut als Krankenpflegerinnen, Gemeindepflegerinnen oder Fürsorgerinnen nicht nur Kranke und Sieche, sondern ist auch helfend tätig in den Säuglingsheimen, Erholungsheimen, Erziehungsheimen und Altersheimen. Alle, die sie brauchen, finden im Zeichen des Roten Kreuzes Hilfe und Unterstützung. Gewaltige Zahlen beweisen für die Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes für Jedermann. Das Deutsche Rote Kreuz zählt 2102 Sanitätskolonnen, Pflegerschaften und Samaritervereine mit rund 80 500 ausgebildeten Hilfskräften. Die Kolonnen unterhalten 9238 ständig besetzte Unfallmeldestellen und Rettungswachen. 7200 ausgebildete Schwestern gehören dem Deutschen Roten Kreuz an. 20 000 Betten enthalten seine Anstalten der geschlossenen Fürsorge. Die Zahlen, die den Umfang dieser allgemeinen Wohlfahrtsorganisation erläutern, ließen sich noch vermehren. Sie ergeben immer wieder die Bedeutung und Bestimmung des Roten Kreuzes für Jedermann.

Wie das Rote Kreuz für Jedermann da ist, wenn er Hilfe fordert, ist es auch für Jedermann da, wenn er Hilfe bringen will. Das Deutsche Rote Kreuz nimmt jeden Mitarbeiter an seiner Sache gern auf. In den Tausenden von Vereinen des Deutschen Roten Kreuzes, die über das ganze Reich hin bis in die kleinsten Orte verstreut sind, ist Arbeit für Jedermann.

Der erste Beweis für den so oft betonten Willen zur Volksgemeinschaft zeigt sich im sozialen Handeln, und die erste Grundlage für den Wiederaufbau ist der soziale Friede. Weibet hat sich das Rote Kreuz auf seine Fahne geschrieben, es arbeitet somit im besten Sinne für Jedermann.

Der „Jahrmart für Jung und Alt“ wurde am Simmelfahrtsfest von 18 000 Personen besucht. Auffallend groß war der Besuch von auswärtigen. — Um allen, die auch am Sonntag nach auswärtig gehen wollen, die Möglichkeit zu geben, dem Jahrmart einen Besuch abzustatten, werden sich die Pforten bereits um 1 Uhr öffnen. Von 3—7 Uhr ist wiederum Konzert mit allgemeinem Tanz in der großen Halle. Das Bodierfest nimmt abends 7 Uhr seinen Anfang. Besondere Überraschungen sind hierfür vorgesehen. So erhält jedes, das ein Paar Würste kauft, ein Gratislos. Der allgemeine Tanz dauert an dem letzten Abend bis 1 Uhr. Für das Kabarett hat Direktor Hans Wum erstklassige Kräfte verpflichtet, um auch hier einen schönen Abschluß der gesamten Kabarettveranstaltungen zu erreichen. Die gesamten Mitwirkenden sind Mitglieder unserer Landesbühnen: Magda Straß, Elfriede Albrecht, Anni Heuser, Selma Mangel und Wilhelm Rentwig. Das Programm des Sonntags wird gewiß auch diejenigen, die bis jetzt den Jahrmart noch nicht besucht haben, dazu veranlassen.

## RESIDENZ - LICHTSPIELE

Waldstraße Telephon 5111  
„Stolzenfels am Rhein“

### Staatsanzeiger

Errichtung einer Personalapothek in Böhrenbach.

Die Berechtigung zum Betriebe einer in Böhrenbach, Amt Donaueschingen, an Stelle der bisherigen Filialapothek neu zu errichtenden selbständigen Personalapothek wird zur Bewerbung ausgeschrieben. Bewerbungsgesuche sind unter Vorlage der vorgeschriebenen Zeugnisse (vergleiche Bekanntmachung vom 6. Januar 1927 Nr. 5) binnen vier Wochen hierher einzureichen.

Karlsruhe, den 24. Mai 1927.

Der Minister des Innern  
J. B. Föhrenbach

Errichtung einer Apotheke in Örtach (Zumringerstraße).

Die Berechtigung zum Betrieb einer in Örtach, Zumringerstraße, zwischen Grabenstrasse und Körnerstraße, neu zu errichtenden Apotheke wird zur Bewerbung ausgeschrieben. Bewerbungsgesuche sind unter Vorlage der vorgeschriebenen Nachweise (vgl. Bekanntmachung vom 6. Januar 1927 Nr. 5) binnen vier Wochen hierher einzureichen.

Karlsruhe, den 24. Mai 1927.

Der Minister des Innern  
J. B. Föhrenbach

Bekanntmachung  
Ausbau der Realschulen.

Das Realprogymnasium in Ettlingen ist zu einer neunklassigen Vollanstalt ausgebaut worden. Die Anstalt führt die Bezeichnung „Realprogymnasium Ettlingen“. Gemäß § 10 der Landesherlichen Verordnung vom 18. September 1909, die Einrichtung der höheren Lehranstalten betreffend, wird dies zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Karlsruhe, den 20. Mai 1927.

Der Minister des Kultus und Unterrichts  
J. B. Dr. Huber

### Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhestellungen usw. der ständigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums der Finanzen  
Ernannt:

Ministerialrat Dr. Ludwig Steinbrenner beim Finanzministerium zum Präsidenten der Staatsschuldenverwaltung und zugleich mit der Leitung des Dienstes der Landeshauptkasse betraut, Oberregierungsrat Anton Seeger beim Finanzministerium zum Ministerialrat und Oberfinanzrat Gustav Strohm beim Reich. Oberfinanzrat zum Oberfinanzrat beim Finanzministerium.

Zuruhegesetzt auf Ansuchen:

Finanzrat Wilhelm Schnabel bei der Staatsschuldenverwaltung.

Gestorben:

Schulinspektor Wiedersche in Mannheim.

# Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe  
Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.

**„Jahrmarkt für Jung u. Alt“**  
Städtische Ausstellungshalle Karlsruhe  
**Verlängert**  
bis einschließlich Sonntag, den 29. Mai 1927.  
Neue Programme.

## Städtische (öffentliche) Sparkasse Durlach.

Bilanz auf 31. Dezember 1926

Aktiva	Rh.	Passiva	Rh.
1. Immobilien u. Mobilien	2.—	1. Guthaben der Einleger:	
2. Darlehen geg. Hypothek	1 096 163.24	a) Spareinlagen	4 276 876.33
3. Schulverschreibungen		b) Giroeinlagen	595 808.20
des deutschen Reiches, der		c) Aufgewertete Sparein-	
Länder u. Gemeinden usw.		lagen (18% u. 19%)	2 894 611.07
a) Wertpapiere	32 921.25	2. Ausgaberrückstände	834 343.27
b) Sonstige Darlehen	167 500.—	3. Reinerwerb	206 844.39
4. Hypothekendarlehen	134 010.—		
5. Grundstückskaufgelder	150 915.33		
6. Lombarddarlehen	11 200.—		
7. Darlehen auf Schul-			
scheine	229 480.31		
8. Wechsel	255 871.39		
9. Darlehen in laufender			
Rechnung			
a) bei Banken, Girozent-			
ralen u. Postsparkassen	147 846.19		
b) bei Privaten	2 808 596.02		
10. Sonstige Kapitalanlagen	33 687.50		
11. Aufwertungskapitalien			
einschließlich der unge-			
sicherten u. ungenügend			
gedeckten Forderungen	3 686 084.77		
12. Rückstände	7 314.67		
13. Kassenvorrat	46 885.59		
Summe	8 808 478.26		8 808 478.26

## Gewinn- und Verlustrechnung auf 31. Dezember 1926

Soll	Rh.	Haben	Rh.
Auftragbare Grundstücke	84.22	Von Grundstücken	2 510.70
Zinsen für Einlagen	287 378.97	Zinsen von Aktiva	544 772.75
Zinsen u. Kosten für andere		Gebühren und sonstige Ein-	
Schulden	10 057.76	nahmen	7 604.53
Auf das Verwaltungs-		Immobilien und Mobilien	2.—
Gebäude	2 071.06		
Verwaltungsaufwand	88 756.97		
Freigeigeltshandlungen	620.—		
Andere Ausgaben	4 258.86		
Abschreibungen	23 115.—		
Reingewinn	137 647.14		
Zusammen	554 889.98	Zusammen	554 889.98

## Berechnung des Reservefonds.

Der Reservefonds muß nach § 17 der Satzungen mindestens 10% der Gesamtsumme des Guthabens der Einleger betragen.  
Derselbe berechnet sich somit aus  
auf den Betrag von . . . . . Rh. 4 872 679.53  
Das Reinerwerb, welches als Reservefonds dient, beträgt . . . . . Rh. 206 844.39  
Somit fehlen noch . . . . . Rh. 280 423.14  
Durlach, den 14. April 1927.

## Städtische Sparkasse Durlach

Die Geschäftsleitung:  
Klein. Dürr.

## Öffentliche Städtische Sparkasse Zell a. H.

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen	Rh.	Verbindlichkeiten	Rh.
1. Kassenbestand	13 800.92	1. Spareinlagen	592 587.23
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postsparkassen	19 933.96	2. Giro- u. Kontokorrenteinlagen	65 128.95
3. Wechsel	16 037.40	3. Anleh.-Kapital-Schulden	61 268.32
4. Darlehen auf Hypotheken	186 725.—	4. Aufwertungsfonds	36 301.90
5. Darlehen in laufender Rechnung	358 524.37	5. Reservefonds	27 851.—
6. Darlehen auf Schuldscheine	56 855.75	6. Reingewinn vom Jahre 1926	12 952.10
7. Darlehen an Gemeinden	135 269.—		
8. Einnahmerückstände	2 882.10		
9. Pensionsrückstellungen	6 000.—		
10. Gerätschaften	1.—		
	796 089.50		796 089.50

## Berechnung der Rücklagen.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
8% aus Rh. 657 716.18 = Rh. 52 617.—  
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926 unter Zuweisung des Reingewinns = „ 40 803.10  
Somit weniger = Rh. 11 813.90  
Zell a. H., den 11. Mai 1927. R. 655  
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsführer:  
A. Schäfer, Bürgermeister. Rub. Duf.



## Bergebung von Pflasterarbeiten.

Das Wasser- und Straßenbauamt Vörrach erteilt im Wege des schriftlichen Wettbewerbs die Herstellung von 12 200 qm Straßenpflaster aus Granitpflastersteinen I. Klasse ohne Grabarbeit, Pflasterstein- und Sandlieferung in der Stadt Vörrach in 4 Losen. Die Bedingungen liegen auf dem Geschäftszimmer des Wasser- und Straßenbauamtes während der üblichen Dienststunden zur Einsichtnahme auf, auch werden daselbst Angebotsentwürfe abgegeben; Bedingungen werden auch nach auswärts gegen eine vorher einzuführende Gebühr von 0,50 M. verabfolgt. Die Angebote sind verschlossen, portofrei und mit der Aufschrift „Straßenpflaster“ versehen bis längstens Dienstag, den 7. Juni d. J., vormittags 11 Uhr, auf dem Geschäftszimmer des Wasser- und Straßenbauamtes abzugeben. Der Vergebung wird die Verordnung des Finanzministeriums vom 27. Juni 1922 zugrunde gelegt. Zuschlagsfrist 3 Wochen.

Für die Erweiterung der kath. Kirche in Gamsbühl (Amt Bühl) sollen nach den Bestimmungen des Ministeriums der Finanzen vom 27. Juli 1922, vom 22. Juli 1924 und vom 12. März 1926 vergeben werden: A. 730. Abrucharbeiten: alte Pfarrscheuer von ca. 170 qm bebauter Fläche, ohne Verankerung des Materials. Erdarbeiten ca. 400 cbm. Mauer- und Zementarbeiten: ca. 360 cbm Betonmauerwerk, 580 cbm Backsteinmauerwerk. Steinhauerarbeiten: Granit ca. 2,7 cbm (1 Los), Sandstein ca. 37 cbm (1 Los). Zimmerarbeit: ca. 102 cbm neues Holz. Schmieb- und Schlofferarbeit: ca. 1500 kg Eisenwerk (1 Los), ca. 700 kg Feinstergitter (1 Los). Holzlieferung: ca. 2800 kg. Dachdeckung: (Ziegel), ca. 1400 qm Blechenerbeit. Elektrifizierung.

Einsicht der Unterlagen und Abgabe der Angebotsentwürfe ab 30. Mai im Baubüro des Finanzministeriums Karlsruhe, Schloßplatz 3, Zimmer Nr. 84, ab 31. Mai auch beim Bürgermeisteramt in Gamsbühl, jeweils vormittags 8—12 Uhr.

Angebote verschlossen, portofrei und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zur Eröffnung am 15. Juni 1927 vormittags 10 Uhr an das Baubüro des Finanzministeriums.

Karlsruhe, 25. 5. 1927.  
Der Baureferent des Finanzministeriums.  
Ettlingen, A. 705.  
Güterrechtsregisteramttrag Band II Seite 81: Müller, Wilhelm August, Bädermeister in Ettlingen und Franziska geb. Bracht. Vertrag vom 16. Mai 1927: Erziehungsgemeinschaft nach §§ 1519 ff. BGB. Das in § 2 des Ehevertrags beschriebene eingebrachte Gut der Ehefrau, sowie alles Vermögen, was die Frau noch durch Erbschaft, Schenkung, Pflichten oder Vermächtnis erwerben sollte, wird als Vorbehaltsgut der Ehefrau erklärt.  
Ettlingen, 23. 5. 1927.  
Amtsgericht.

# TH. und O. HESSIG

Telephon 105 Karlsruhe i. B. Hirschstr. 40  
Gegründet 1878

Beton- und Eisenbeton-Hoch- und Tiefbau  
Asphaltierungen  
Neuzeitlicher Straßenbau  
Spezialität: Soliditit-Betonstraßen D. R. P.

## Rheinische Hypothekendarb., Mannheim.

Bei der heute vorgenommenen Verlosung von 4 1/2 % Liquidationsgoldpfandbriefen und Certifikaten wurden die Pfandbriefe der Reihe 550 gezogen. Die Rückzahlung erfolgt zum Nennwert ab 1. Juli d. J. gegen Rückgabe der Pfandbriefe und sämtlicher Zinsscheine nebst Erneuerungsschein jedoch ohne Anteilsschein bei unserer Kasse und den sonstigen Einlösungsstellen. Die Verzinsung der ausgelassenen Stücke endet am 1. Juli d. J. Wir empfehlen zur Wiederanlage unserer a. B. in Ausgabe befindlichen 6 und 7 % igen Gold-Hypothekenspfandbriefe.  
Mannheim, 27. Mai 1927.  
Rheinische Hypothekendarb.



Bruch-Heilung  
von Behörden bestätigt!  
ohne Operation, ohne Berufshörung!  
Öffentliche Dankagungen dortiger Gegend:  
Dem „Hermes“ Ärztlichem Institut für orthopädische Bruchbehandlung, Hamburg, bestätige ich, daß mein Bruchleiden durch Ihre Methode vollständig geheilt ist. Ich kann jetzt jede Arbeit ohne Beschwerden verrichten. Philipp Schuler, Sulgen bei Schramberg, 22. Jan. 1927. Mein Bruch ist also soweit geheilt. Ich hätte es nicht für möglich gehalten, daß solches Leiden zu heilen wäre und muß es mit Dank anerkennen. Habe Ihnen auch einen neuen Kunden, der Heilung suchte, zugesandt. Karl Wehrle, Weidman, 5. Dez. 1926. Aber 160 amtlich beglaubigte Zeugnisse Geheilter liegen vor der Sprechstunde aus.

Sprechstunde unseres approbierten, speziell ausgebildeten Verträuensarztes in:  
Karlsruhe: Hotel Luz:  
Donnerstag, den 2. Juni, nachmittags von 4 1/2—7 1/2 Uhr,  
Freitag, den 3. Juni, vormittags von 8—12 Uhr.  
Pforzheim: Hotel Hansa:  
Freitag, den 3. Juni, nachmittags von 3—7 1/2 Uhr,  
Samstags, den 4. Juni, vormittags von 8—11 Uhr.

„Hermes“  
Heiliges Institut für orthopädische Bruchbehandlung, G. m. b. H., Hamburg, Esplanade 6.  
[Dr. G. L. Meyer.]  
Wir warnen vor Pseudos, die uns nachzumachen versuchen, ohne den Kernpunkt der Sache überhaupt zu kennen.

Ich empfehle der hiesigen Einwohnerschaft ab 1. Juni am hiesigen Platze  
Kirchstraße 25  
meine Geschäfteröffnung unter der Firma  
**ERNST KLEIN**  
Kolonialwaren und Feinkosthandlung  
**MALSCH** bei Ettlingen G. 434

Weltbekannte, leistungsfähige  
Spezialfabrik der Zuckerwarenbranche  
sucht für freiverbindenden Karlsruher Bezirk gut eingeführten, streng seriösen

## Vertreter

eventuell mit Lagerübernahme.  
Offerten unter G. 438 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten.

## Jagd-Versteigerungen.

Wir machen die Herren Bürgermeister darauf aufmerksam, daß die meisten süddeutschen Jäger in Stadt und Land (auch viele Fischer) den „Deutschen Jäger“ München (erscheint wöchentlich am Donnerstag) lesen. Jagd- und Fischereiverpachtungs-Anzeigen sind in dieser Zeitschrift sehr erfolgreich. „Der Deutsche Jäger“ ist u. a. offizielles Organ des Badischen Bundes Deutscher Jäger und seiner Ortsgruppen, deren Mitglieder fast durchwegs Bezüher sind.  
Anschrikt: Verlag „Der Deutsche Jäger“  
München, Brienerstraße 9.

Frauen haben immer recht wenn sie behaupten, daß Gasback- und Kohlenherde von der Firma A. Rosenberger, Karlsruhe, Ecke Schützen- u. Marienstr. 32 die besten und billigsten sind.  
Philippburg, A. 707. Bülfl. A. 725.  
Das Konturverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Rudolf Weindel von Philippburg wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.  
Philippburg, 23. 5. 1927. Bad. Amtsgericht.  
Bülfl. A. 725. Güterrechtsregister Bd. I S. 21. Franz Köpferle, Landwirt und Ruis geb. Nachbauer in Schwarzbach. Vertrag vom 16. 5. 1927. Gütertrennung.  
Bülfl. 27. 5. 1927. Bad. Amtsgericht II.

Rechl. R. 726.  
Der Landwirt Philipp Müller 3 in Reutesheim ist durch Beschluß des Amtsgerichtes Rechl. vom 7. Mai 1927 wegen Trunksucht entmündigt worden.  
Rechl. 23. 5. 1927. Amtsgericht.



Badisches Landestheater  
Sonntag, den 29. Mai 1927  
Nachmittags  
19. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige

Die lustigen Weiber von Windfor  
von Otto Nicolai  
Musikalische Leitung: Generalmusikdirektor Krüps  
In Szene gef. von O. Krauß  
Falkst. Schuster  
Herr Kluth Weyrauch  
Herr Reich Landor  
Henton Bus  
Spärl. Siegfried  
Doktor Cajus Köfer  
Frau Kluth von Ernst  
Frau Reich Straß  
Anna Blank  
Kellner Lindemann  
Bürger Göttinger  
Schneider Kleinbusch  
Schneider Göttinger

Lanz einstudiert von Eith Wielefeld  
Anfang 3 Uhr Ende 5 1/2 Uhr  
I. Sprechst. Nr. 4.—

Sonntag, 29. Mai 1927  
Abends  
\* C 26 Th.-Gem. 1301—1400

Fidelio  
von Beethoven  
Musikal. Leitung: Dr. G. Andl  
In Szene gef. von O. Krauß  
Don Fernando Weyrauch  
Don Pizarro Wirth  
Florestan Straß  
Lernors Jang  
Rocco Vogel  
Marzelline Blank  
Jaquino Siegfried  
Staatsgefängene Kathbach  
Köfer

Anfang 7 1/2 Uhr Ende 10 Uhr  
I. Sprechst. Nr. 8.—

Montag, den 30. Mai 1927  
\* G 28  
Coeur-Dame  
von Hugo Röhre  
Musikalische Leitung: Josef Krüps  
In Szene gef. von Otto Krauß

Fürst Wirth  
Fürstin Blättermann  
Graf Rentwig  
Kammerfrau Banka  
Kavalier Kainbach  
Lafai Hindemann

Gierauf  
Frauenklit  
von Hugo Röhre  
Musikalische Leitung: Dr. Heinz Knoll  
In Szene gef. von Hellmut Grohe

Gräfin Jang  
Major Bus  
Kofemudel Schuster  
München Straß  
Lampert Siegfried  
Dunfel Vogel  
Liese Blank  
Anfang 7 1/2, Ende geg. 10 1/2  
I. Sprechst. Nr. 7.—  
Dienstag, 31. Mai: Bolpoue